

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonntags. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Juni 1919

Einzelgenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobenanzeigen 20 Pl., die fünfspaltigen Zeile; Ankauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamengenen 60 Pl., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 68

„Gewerblicher Hochverrat?“

Unsre Kennzeichnung der zweifelhaften Haltung der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ gegenüber dem vom Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedspruch für das deutsche Buchdruckergewerbe als gewerblicher Hochverrat und offene Sabotage des Tarifgemeinschaftsgebodens hat die Redaktion des Prinzipalsorgans arg verschmüpft. Mit einem nur schwach gelungenen Versuch hinter den Kulissen des sogenannten guten Tonus sucht das „Amtliche Organ des Deutschen Buchdruckervereins“... sowie der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker“ die von uns in Nr. 62 unter der Überschrift „Gefährliches Spiel!“ kritisch beleuchtete nachträgliche Abschwächung der Anerkennung des Schiedspruchs von Prinzipalsseite nicht etwa durch eine horrektere Stellungnahme zu dem, was gegenwärtig im Buchdruckergewerbe gesetzlich Recht und Pflicht ist, wieder gutzumachen, sondern als gekränkte Unschuld sogar noch zu rechtfertigen.

Die „Zeitschrift“ nimmt auch jetzt noch für sich das Recht in Anspruch, einer „gütlichen Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ das Wort zu reden, „wo wirtschaftliche Verhältnisse die Unmöglichkeit zur vollen Durchführung des Schiedspruchs ergeben“. Ja, ist es denn der „Zeitschrift“ nicht möglich, zu begreifen, daß der Gehilfenseite dann ein gleiches Recht gewährt sein muß, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse für sie die Unzulänglichkeit des Schiedspruchs besonders fühlbar machen, durch gütliche Verständigung weitergehende Zugeständnisse zu erstreben? Gibt es denn nur eine Not gewisser Prinzipale? Ist denn die Not Tausender von Gehilfen nicht um ein Vielfaches größer, trotz der erhöhten Steuerungsulagen nach dem Schiedspruch? Wozu hat man denn die Reichsregierung angerufen, wenn man nachher doch noch einer „gütlichen Verständigung“ unterhalb der Basis des gefällten Schiedspruchs von maßgebender Stelle im Prinzipalslager aus das Wort reden will?

Wir bezweifeln gar nicht, daß es Prinzipale gibt, denen es gewiß nicht leicht fällt, dem materiellen Teile des Schiedspruchs Rechnung zu tragen. Aber will vielleicht die „Zeitschrift“ bestreiten, daß auf Gehilfenseite solche Fälle in laienhafter Steigerung ebenfalls vorhanden sind? Es mag den „Maffen“ der Prinzipalität schmeicheln, wenn ihr offizielles Organ so wenig Respekt vor der gesetzlichen Konsequenz des Schiedspruchs bekennt und sich weit mehr von Gefühlen der Not seiner Leser leiten läßt. Die offiziellen Organe der Gehilfenchaft dagegen haben doch mehr Achtung vor Gesetz und vor Recht, wie auch vor schriftlich abgegebenen Erklärungen. Sie stellen sich rückhaltlos hinter das gegebene Wort in festem Vertrauen darauf, daß auch in der Gehilfenchaft des Buchdruckergewerbes trotz der furchtbaren Not der Zeit die Achtung vor gewerblichem und öffentlichem Recht noch eine sichere Stütze ist. Der Hinweis der „Zeitschrift“, daß die Artikel I, II, VI und VII den Schiedspruch abgelehnt haben, kann auf Gehilfenseite gar keinen Eindruck machen. Denn in all diesen Artikeln steht die tatsächliche Beachtung des Schiedspruchs durch die Prinzipalität in direktem Widerspruch zu diesen ablehnenden Behauptungen der betreffenden Kreisversammlungen. Ja, es fehlt sogar nicht an darüber hinausgehenden „nachahmenswerten Beispielen“. Und die Versammlung der Prinzipale der Klasse VI und VII war ja nur von 150 Mitgliedern besucht, obwohl etwa zehnmal soviel Buchdruckereien in beiden Klassen in Frage kommen.

Vertreter der Prinzipalität waren es, die in den vergangenen Wochen auch von den Gehilfenvertretern bedauerte Verhältnisse gegen tarifliches Recht und gewerbliche Ordnung mit den schärfsten Worten verurteilten. Und gerade die „Zeitschrift“ hat es nicht an schweren Vorwürfen gegen diese Erscheinung fehlen lassen. Vielleicht „Zeitschrift“ aber bringt es jetzt fertig, eine eben erst mühsam errungene Formulierung eines neuen gewerblichen Friedensvertrags in bezug auf ihre Durchführbarkeit zu beweisen und gerade dadurch die Möglichkeit seiner Durchführung zu erschüttern. Das nennen wir gewerblichen

Hochverrat und bleiben dabei. Denn aller Jammer über Zerissenheit des tarifgemeinschaftlichen Bodens wird zur Komödie, wenn nicht einmal die offiziellen Tariforgane den Mut haben, offen und ehrlich für Aufrechterhaltung und Anerkennung der gewerblichen Ordnung einzutreten.

In der ganzen Geschichte der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker ist es noch niemals vorgekommen, daß eines ihrer offiziellen Organe in solcher Art an ihren Grundfesten gerüttelt hat. Der „Zeitschrift“ blieb es vorbehalten, den Willen zu Sondervereinbarungen zu stärken und damit das Pflichtgefühl zur Anerkennung gewerblicher Ordnung nach Gesetz und Recht zu unterminieren. In unverantwortlicher Kurzsichtigkeit beruft sich die „Zeitschrift“ auf Protestresolutionen und Zuschriften aus Prinzipalskreisen, woraus zu erkennen sein soll, wie recht sie hat, wenn sie die Möglichkeit einer Durchführung der Bestimmungen des Schiedspruchs bezweifelt und zum Abhandeln von Fall zu Fall rät. Wenn die Gehilfenorgane eine gleiche Beweiskraft anstreben wollten, so würden sämtliche Spalten nicht ausreichen zum Abdruck der Nachweise, wie dringend eine weitere Erhöhung der durch den Schiedspruch zuerkannten Steuerungsulagen wäre. Auch glaubt die „Zeitschrift“ durch eine Reihe von Erhöhungen mit dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft ihren unzuverlässigen Standpunkt begründen zu können. Wir sind demgegenüber der Ansicht, daß diese „Austritte“ auch von der Verpflichtung zur Anerkennung des Schiedspruchs nicht entbinden können, und daß die Gehilfenchaft dann noch Mittel und Wege genug hätte, um zu ihrem Rechte zu kommen, vielleicht noch schneller und gründlicher, als es diesen Gewährsmännern der „Zeitschrift“ lieb wäre.

Die „Zeitschrift“ mag sich also drehen und wenden, wie sie will, sie hat unter völliger Verneinung ihrer offiziellen Verantwortung mit der Erhaltung der gewerblichen Ordnung in kritischer Zeit ein frevelhaftes Spiel getrieben. Und wenn sie sich zur Entschuldigung darauf beruft, daß sie die Verhältnisse so schildern müsse, wie sie in Wirklichkeit liegen, so bestreite ihr dies Recht auf Gehilfenseite niemand. Daß sie aber nach gefällter Entscheidung einer Durchsicherung dieser Entscheidung in so deutlicher Weise das Wort redet, bleibt so lange gewerblicher Hochverrat, als noch die partielle Verpflichtung besteht, Wechselschlüsse, die vom Tarifamt als verbindlich für beide Tarifparteien erklärt worden sind, zu respektieren, auch wenn es noch so schwer fällt. Der ganze Verlauf der letzten Tarifabschlussverhandlungen ist wirklich nicht dazu angetan, der Gehilfenchaft auch darüber hinaus noch ohne ernsthafte Gefährdung des gewerblichen Friedens Steine in den Weg zu werfen. Eine Fortsetzung dieses gewagten Spiels dürfte für seine Urheber gefährlicher werden, als die „Zeitschrift“ zu ahnen scheint. Sie würde dem gewerblichen Frieden weit besser dienen, wenn sie ihre Leser darüber aufklären und dahingehend erziehen würde, daß in der kollegialen Durchsetzung des abermals ausreichend erhöhten Druckpreistarifs die sicherste Möglichkeit liegt, die tariflichen Verpflichtungen erfüllen zu können, statt durch außerartliche Sanktionen und Feilschen mit den Gehilfen der gewerblichen Schmutzkonkurrenz Tür und Tor zu öffnen! Oder glaubt vielleicht die „Zeitschrift“ gar, es könnten die gewerblichen Verhältnisse geändert, wenn die Gehilfenkosten der Druckereien durch Sondervereinbarungen unterhalb der gegenwärtigen an und für sich schon sehr ungleichmäßigen Lohngrenze noch mehr dezentralisiert werden? Ist sie der Meinung, daß eine Zerstückelung der Tarifgemeinschaft die gewerbliche Ordnung fördert?

Die Gehilfenchaft ist in ihrer großen Mehrheit noch entgegengesetzter Auffassung. Sie wird daher allen derartigen weiteren Kuhhandelern nach dem letzten großen Schachern im Tarifabschluss einen geschlossenen Widerstand entgegenstellen. Sie wird sich an das halten, was Recht und Gesetz ist! Das Verhalten der „Zeitschrift“ schlägt aber dieser Beachtung gewerblichgesetzlicher Disziplin direkt ins Gesicht und beschwört eine Situation für das Gewerbe herauf, die in der heutigen unruhigen Zeit geradezu verhängnisvoll genannt werden muß. Wir warnen noch einmal vor einer Fortsetzung dieses frevelhaften Treibens!

Hilfsarbeiterstreiks — Buchdruckerarsperrungen

Seit dem 14. Juni sind mit Ausnahme der „Freiheit“, die mit der „Germania“ aber nur noch an jenem Tag erschien, keine Zeitungen mehr aus Berlin bei uns eingetroffen. Die Hilfsarbeiter in den Zeitungsbetrieben streiken, weil sie mit ihrer in Nr. 66 bekanntgegebenen Parole: „Gleiche Steuerungsulagen, gleiche Forderungen für Gehilfen und Hilfsarbeiter!“ nicht durchgedrungen sind, mit dem ihnen Gebotenen nicht einverstanden waren und gemäß des in der „Solidarität“ vertretenen Standpunktes: „Jetzt ist keine Zeit mehr zum Warten und Verhandeln — jetzt muß gehandelt werden“, vorgingen. In München haben die Hilfsarbeiter auch gehandelt, ebenfalls Widerstand gesunden und ebenso die Zeitungen zum Stillstande gebracht; dort ist es aber anscheinend einen Tag später zur Aktion gekommen. Aus anderen Städten liegen uns bis jetzt noch keine Meldungen über Hilfsarbeiterstreiks vor. Vom 16. Juni datiert aus Berlin die Mitteilung von Einigungsverhandlungen zwischen den Hilfsarbeitern und den Zeitungsverlegern, die aber noch zu keinem Resultat geführt haben und deshalb fortgesetzt werden sollen. Daraus ist zu schließen, daß eine Verständigung nunmehr unter den Nächstbeteiligten gesucht wird, nachdem sie mit den Prinzipalen nicht herbeizuführen war.

Einschneidende Folgen hat das Vorgehen der Hilfsarbeiter bereits für Gehilfen gebracht, indem es in Berlin sowohl wie in München zu Kündigung von Druckern oder von Gesamtpersonalen gekommen ist. Aber den Umfang dieser Aussperrungen, die auch solche sind, wenn ordnungsgemäß gekündigt wurde, haben wir aus Berlin noch nichts erfahren; in München sollen nach Blättermeldungen 20 Druckereien dazu übergegangen sein.

Zu einem Zeitpunkt, wo das politische und öffentliche Leben durch die entscheidenden Erklärungen in der Friedensfrage und durch andre Momente äußerst stark pulsiert, ist die Labung der Presse eine ganz bedenkliche Sache. Des Publikums bemächtigt sich Verärgerung sowie Erregung und es urteilt nicht nach den Gründen, sondern nach der Tatsache. Wie man bei Straßenbahnstreiks oder der Teilnahme an politischen Demonstrationen von Seiten der Straßenbahnpersonalen schon gesehen hat, kommt dabei die Arbeitnehmerspartei in der öffentlichen Beurteilung meistens schlechter weg als die Unternehmerseite. Die Zeitungen sind ein öffentliches Bedürfnis, das hinter der Straßenbahn und ähnlichen im öffentlichen Interesse gelegenen Notwendigkeiten nicht zurücksteht. Aber die letzten Demonstrationstreiks in Berlin haben sich selbst beim Vollzugsrate Bedenken geregt, so daß es in der vorigen Woche bei Rosa Luxemburgs Beerdigung zu einer Wiederholung gar nicht gekommen ist.

Wenn wir diese Ausführungen machen, so geschieht es vor allem deswegen, weil in der Presse durch Korrespondenzbureaus der Eindruck zu erwecken versucht wird, daß es sich bei den Aktionen unserer Hilfsarbeiter „um ein planmäßiges und hinterlistiges Vorgehen der Unabhängigen und Kommunisten handelt, um die öffentliche Meinung in diesem schwersten Augenblicke Deutschlands zum Nutzen des Ententkapitalismus zu knebeln“. Davon kann nach unserer Auffassung keine Rede sein; die unabhängigen Berliner Blätter erscheinen ja auch nicht, während im übrigen Deutschland bis jetzt uns nur noch München als zeitunglos bekannt ist. Eine politische Aktion zu solchem Zwecke könnte sich doch aber nicht so ertlich beschränken. Es handelt sich vielmehr um eine wirtschaftliche Bewegung der Hilfsarbeiter, über deren plötzliche Austragung — die „Solidarität“ mit dem Ergebnisse der Hilfsarbeiterkongresskonferenz und der Parole zum Vorstoß erschien am 7. Juni — allerdings der politischen Hochspannung man allerdings Bedenken tragen kann. Die Erfrabung mit Breslau, wo die Prinzipale und Zeitungsverleger dem eigenmächtigen Vorgehen unserer Kollegen hartnäckigen Widerstand entgegensetzten, die Zeitungen neun Tage lang nicht erschienen sind und schließlich die Gehilfenpartei nichts

welter erreichte, als ihr vorher zugefallen war, muß doch wohl lehren, das Experiment der Stilllegung der Presse vorsichtiger anzuwenden, damit diese schwere Waffe sich nicht zu leicht abstmitt.

Angesichts der durch die neuen Steuerungsulagen geschaffenen Situation im Buchdruckergewerbe, worüber der vorhergehende Artikel orientiert, dürfte mit der eiligen Arbeitsniederlegung auf gewisse Scharfmachermühlen Wasser geleitet sein. Es erscheint uns fraglich, ob über den so schnell erfolgten letzten Schritt Fühlungnahme mit unsern Organisationsinstanzen stattgefunden hat. Die Berliner Hilfsarbeiter haben durch Schaffung überraschender Situationen nicht zum ersten Male die Buchdrucker in eine Spannungslage gebracht. Sie sind dadurch, z. B. in der Bezahlung der Nachaufschläge, den Buchdruckern manchmal vorausgerückt, was wieder Verstimlungen mit unsern Druckerkollegen hervorrief. Die von den Hilfsarbeitern angewandten Methoden haben, wie wir im vergangenen Jahr einmal näher ausführten, nicht immer unsern Beifall finden können, wenn auch seit der tariflosen Zeit die Prinzipalität den Anreiz dazu gegeben hat.

So ist es auch jetzt. Die Hilfsarbeiter sind im Dezember 1918 und im Februar 1919 zu den Verhandlungen des Tarifausschusses und des Buchdruckerrats mit hinzugezogen gewesen und wurden mit etwas gegen die Gehilfenläge abgestuften Steuerungsulagen offiziell in die Neuregelung einbezogen. Darauf ging die Sache gut, sofern sich die Prinzipale nicht an den verurteilenswerten Obstruktionsbeschlüssen ihrer Organisation hielten, was ihnen ja bald verleidet worden ist. An den Materhandlungen des Tarifausschusses waren die Hilfsarbeiter nicht beteiligt. Dem Einwand, daß der Buchdrucker nicht mehr besteht, kann man nur formell gelten lassen. Die Prinzipale und die Hilfsarbeiter konnten im Anschluß an die Verhandlungen des Tarifausschusses für sich Vereinbarungen treffen. Wie der „Goldbarität“ zu entnehmen ist, hatten zuvor in den verschiedenen Orten die Prinzipale die vorstellig werdenden Hilfsarbeiter auf den Tarifausschuß verdrängt. Die Entfaltung der Hilfsarbeiter kann man sich danach vorstellen. Sie ist um so berechtigter, als aus der angenommenen Entschlebung der Hilfsarbeitergewerkschaft hervorgeht, daß die Leitung der Prinzipalsorganisation ihr während der Sitzung des Tarifausschusses vom 14. bis 17. Februar gegebenes Versprechen, innerhalb vier Wochen mit Vertretern der Hilfsarbeiter endlich in Verhandlungen über die Tarifrage einzutreten, wieder nicht erfüllt hat. Ähnliche Zusicherungen sind den Hilfsarbeitern, nachdem unsere Vertreter im Tarifausschuß sich kräftig für sie eingesetzt hatten, schon mehrmals gegeben, aber niemals gehalten worden.

Es ist also in erster Linie und überwiegend die traurige Buchdruckervereinspolitik daran schuld, daß es in solchem kritischen Augenblicke geht zu einer derartigen Erschütterung in Zeitungsgewerbe gekommen ist, die auch auf reine Buchdruckbetriebe übergreift. Den Hilfsarbeitern rüht der Geduldsfaden. Bei uns fehlt auch nicht viel dazu, denn das Doppelspiel in der Hilfsarbeiterlarifrage haben die Buchdrucker nachgerade gründlich kalte, und auch sonst haben sie Anlaß genug, das Gerede von einem „Zusammenbruch der Tarifgemeinschaft“ auf seinen wahren Wert und die wahrhaft Schulbigen zurückzuführen.

Wenn wir auch hoffen, daß bis zum Erscheinen dieser Nummer in Berlin und in München der Konflikt wieder beigelegt ist, so ist doch nicht minder bestimmt zu erwarten, daß die Erledigung der Tarifrage zwischen Prinzipalität und Hilfsarbeiterchaft nun endlich bevorsteht. Es ist gewiß ein ganz unnatürlicher Zustand, in der „Zeitschrift“ geradezu begehrte Stimmen auf das Zustandekommen eines Reichstaris für das Steindruckergewerbe zu finden, während die schon seit 1873 bestehende Tarifgemeinschaft der Buchdrucker über die kalte Schulter betrachtet wird, einen Reichstaris für die Hilfsarbeiter aber trotz gebener Verprechungen seit 1913 immer wieder verschleppt zu sehen. Das ist eine gar merkwürdige Konsequenz. Sie schnell durch eine bessere Logik abzuhelfen, ist der Deutsche Buchdruckerverein auch seinem öffentlichen Ansehen schuldig.

Die Faktoren!

Die Lage der Faktoren, oder richtiger gesagt die der gesamten technischen Angestellten des graphischen Gewerbes, hat sich von Anbeginn des Jahres an bis heute so zugekehrt, daß sie geradezu zur Unertügllichkeit ausgeartet ist. Wer die Schuld daran trägt? Nun, die technischen Angestellten selbst!

Als der Faktorenbund im vorigen Jahre den famosen Organisationsvertrag mit dem Deutschen Buchdruckerverein abschloß, da brach wohl für kurze Zeit ein Sturm der Entrüstung los, aber seither hat man von jener Seite nicht viel gehört. Es wurde damals vom „Storr.“ darauf hingewiesen, daß, da ein großer Teil der Mitglieder des Faktorenbundes sich im Felde befindet, nach Kriegsende Abhilfe geschaffen werden müsse. Aber weder von den Mitgliedern noch von seinen der Nichtmitglieder des Faktorenbundes rüht sich jemand.

Die Abmachungen des Faktorenbundes mit der Prinzipalsorganisation betriebs der Steuerungsulage sind geradezu

ein Spott für den Stand der technischen Angestellten. Nicht allein, daß die Erhöhung der Steuerungsulage stets der Gehilfen nachhin, nein, sie ist stets so minimal, daß man darüber erkaunt ist, daß die Herren, die die Abmachungen treffen, sich nicht schämen, mit dem Ergebnis an die Öffentlichkeit zu treten.

Eine Organisations, die ihren Zweck so verfehlt wie der Faktorenbund, hat einfach von der Bildfläche zu verschwinden. Deshalb heraus aus dem Faktorenbund! Daß das noch nicht geschehen ist, dürfte zum Teil wohl daran liegen, daß ein einseitiger Prinzipal seinem Angestellten die Steuerungsulage gibt wie dem Gehilfen, infolgedessen er nur noch aus reinem Standesdünkel Mitglied des selben bleibt. Ein wesentlicher Teil der Mitglieder des Faktorenbundes besteht aber auch aus solchen, die sich in „gebobener“ Stellung befinden und die gar kein Interesse daran haben, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß ihre an und für sich schlechter wie sie begabten Kollegen eine den dergleichen Verhältnissen angepaßte Steuerungsulage erhalten. Ganz abgesehen davon, daß diese sich in gebobener Stellung Befindlichen meistens die Führung in den Ortsgruppen innehaben und eher die Neigung haben, die Bremse zu als aufzubrechen.

Meiner Ansicht nach dürfte es nicht schwer fallen, wenn sich alle dem Verbands der Deutschen Buchdrucker angehörenden Angestellten von Druckerleuten zusammenschließen würden, um als Spezialorganisations bei allen künftigen Tarifverhandlungen ihre Wünsche durch ihre dazu berufenen Vertreter berücksichtigt zu sehen wie die übrigen Spezialorganisations innerhalb des Verbandes (z. B. die Maschinenleher). Nur der Verband der Deutschen Buchdrucker ist in der Lage, hier helfend einzugreifen, und nur durch ihn kann etwas erreicht werden und nicht durch eine von den Prinzipalen abhängende Sonderbündel, wie der Faktorenbund eine ist. Deshalb nochmals: Heraus aus dem Faktorenbund und hinein in eine den heutigen Zeitverhältnissen angepaßte Spezialorganisation innerhalb des Rahmens des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

Es dürfte nicht schwer fallen, an den Gauvororten geeignete Kollegen zu finden, die bereit wären, die Sache in die Hand zu nehmen, um so schnell wie möglich zu handeln, denn die Tarifrevision kommt bald. S. in F.

Schriftgießerkonferenz

Während der Pfingstferiertage tagte in der alten Mainmetropole Frankfurt im „Kempffbräu“ am Mainkanal eine Schriftgießerkonferenz, um die Ausarbeitung einer Lohnordnung aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in die Wege zu leiten.

Tagungsordnung:

1. a) Bericht der Zentralkommission. b) Kassenbericht. c) Statistikk.
2. Beratung und Beschlußfassung der Anträge zur zentralen Regelung der Entlohnung im Gewerbe.
3. Organisationsfragen.
4. Berichterstaltung über zentrale Regelung der Ferien.
5. Verschiedenes.

Kollege Flachmann leitete den Kongreß mit folgenden Ausführungen ein. Er wies darauf hin, daß vor 30 Jahren in Frankfurt a. M. der erste Kongreß der Schriftgießer Deutschlands tagte. Dieser beschäftigte sich bereits damals schon mit der Schaffung eines Normaltarifs für das Schriftgießergewerbe. Die Erwartungen, die an diesen ersten Normaltarifentwurf geknüpft wurden, erfüllten sich jedoch nicht. Die einzelnen Gießstädte hatten ja noch nicht einmal einen einheitlichen Tarif am Ort. Es mußte zunächst darauf hingewirkt werden, diesen Abstand zu beseitigen, was auch im Laufe der Zeit vollständig gelang. In den letzten Jahren ging nun die allgemeine industrielle Entwicklung dahin, daß die größte und die kleineren der gleichen Berufsgruppe aufkaufen und in verschiedenen Städten Filialen der großen Firmen errichteten wurden. So auch im Schriftgießergewerbe. Es lieh daher notwendig geworden, den Anträgen auf Schaffung eines Zentraltarifs, wie sie bereits auf früheren Kongressen seitens der Gießstädte Frankfurt a. M., Offenbach und Leipzig gestellt wurden, näherzutreten. Ein Novum sei, daß die Stempelschneider auch an dieser Tagung teilnehmen.

Hierauf gedachte er unstes verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böhl, der allezeit den Bestrebungen der Schriftgießer großes Interesse und Verständnis entgegengebracht habe. Desgleichen gedachte er der heimgegangenen Gauvorsteher Donitz (Frankfurt) und Treter (Hamburg); ferner aller durch den Weltkrieg dahingerafften Kollegen.

Sobann erfolgte die Wahl der Mandatsprüfungs-, Disziplins- und Beschwerdekommision; desgleichen die Wahl der Konferenzleitung. Auf Vorschlag wurden Kollege Schneider als erster und Kollege Flachmann als zweiter Vorsitzender bestimmt; als Schriftführer wurden die Kollegen Fürst, Schoder und Greulich gewählt.

Kollege Flachmann eröffnete hierauf den Bericht der Zentralkommission. Er ging von den einschneidenden Wirkungen der Sechsmaschine für unsern Beruf aus und betonte, daß in den letzten Jahren vor dem Krieg eine große Arbeitslosigkeit im Gewerbe bemerkbar war und versucht werden mußte, die arbeitslosen Kollegen nach Aussprache auf dem Hamburger Kongreß an der Monopole in erhöhtem Maße anzulernen und zu beschäftigen; was ja im großen Ganzen durch Entgegenkommen des Verbandes gelang. Einige arbeitslose Kollegen konnten in der Metallingulinfabrikation untergebracht werden. Durch den Ausbruch des Weltkriegs aber wurde wiederum eine ungeheure Arbeitslosigkeit geschaffen, da die Prinzipalität aus diesem Anlaß ihre gesamten Personale bis auf einige

Mann reduzierte und sogar Leute, die bereits 30 Jahre und darüber in einem und demselben Geschäft tätig waren, auf die Straße setzte. Erst als der Staat und die Seeresverwaltung größere Aufträge den Schriftgießereien erteilten, trat eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt des Schriftgießergewerbes in die Erscheinung. Der größte Teil der Schriftgießer halte inzwischen in der Rüstungsindustrie oder Stereotypie lobnende Arbeit gefunden. Diese hatten später naturgemäß wenig Neigung, in die Gießereien zurückzukehren, zumal die Herren Prinzipale aus Mangel an sozialem Verständnis es ablehnten, trotz der ungeheuren Steigerung der Lebensmittelpreise und der außerordentlich hohen Preise aller Bedarfsartikel, irgend eine Steuerungsulage zu gewähren. Im November 1916 gelang es den Frankfurter Kollegen, erstmalig eine geringfügige Steuerungsulage zu erlangen. Berlin folgte diesem Beispiel erst im März 1917 mit einer Steuerungsulage von nur 5 Mk. monatlich. Nach mehrfachen Anforderungen der Gehilfen gelang es, die Steuerungsulagen allmählich auf ein höheres Niveau zu bringen. Nachdem dann im Januar und Februar d. J. der größte Teil der Kollegen aus dem Felde zurückgekehrt war und der Geschäftsgang als gut bezeichnet werden konnte, gelang es, die Löhne der Schriftgießereiarbeiter so zu gestalten, daß diese sich einermögen in der Höhe bewegen, wie sie andre qualifizierte Arbeiter schon längst erhalten. Des weitern teilte Kollege Flachmann mit, daß zur Deckung der Kosten der Konferenz von seitens des Verbandes statt der verlangten 5000 Mark nur 4000 Mk. bewilligt wurden, was in Anbetracht der heutigen Steuerungsulagen bescheiden ist.

Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Böcherl erstattet und fand keine Einwendungen.

Zur Statistik bemerkte Kollege Fürst, daß in mancher Hinsicht etwas genauere Angaben wünschenswert gewesen wären.

Es wurde vorgeschlagen, den Entwurf zur Lohnordnung der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands aus praktischen Gründen in geheimer Sitzung zu beraten, womit sich die Konferenz nach eingehender Erörterung der Materie einverstanden erklärte. Es wurde auf Grund der vorliegenden Entwürfe eine volle Einigung erzielt.

Kollege Münzberg als Vertreter der Schriftschneider erklärte, daß für seine Spezialkollegen ein gemilderter Tarif nötig sei, doch müsse dieser ebenfalls zentralen Charakter tragen. Es wurde daraufhin festgestellt, daß die allgemeinen Bestimmungen der Lohnordnung für alle Schriftgießereiarbeiter gelten. Kollege Münzberg erklärte sich hiermit einverstanden.

Der Tarif ist zwar für normale Verdienste festgesetzt, um aber den unsicheren Marktpreisen Rechnung zu tragen, wurde er mit einem Prozentschlag belegt.

Da bei der Firma Scheller & Giesele in Leipzig grundverschiedene maschinelle Einrichtungen vorhanden sind, wurden die Kollegen dieser Distanz beauftragt, einen Tarifentwurf auszuarbeiten und denselben der Zentralkommission zu unterbreiten, um diesen bei den Verhandlungen mit den Prinzipalen eventuell vorlegen und beraten zu können.

Zur Tarifrage wurde außerdem noch folgende Entschlebung von der Konferenz angenommen: „Die Konferenz beschließt, daß, nachdem der Tarifentwurf von den in Schriftgießereien beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands angenommen ist, die Zentralkommission zu beauftragen, diesen Tarifentwurf bei den Prinzipalen Deutschlands einzureichen mit dem Wunsch auf zentrale Regelung für Schriftgießer, Graveure, Juristen, Metallingenieurarbeitler und -arbeiterinnen.“

Eine erregte Debatte gipfelte die Ferienfrage. Kollege Flachmann begründete die Forderung. Er wies darauf hin, daß die Berliner Prinzipale eine zentrale Regelung in der Ferienfrage wünschten. Daraufhin nahm die Zentralkommission die Sache in die Hand und trat mit den Gehilfen der übrigen Gießstädte Deutschlands in Verhandlungen. Nach Erledigung dieser Vorarbeiten übermittelte die Zentralkommission dem Vorsitzenden des Vereins der Schriftgießereien Deutschlands, Herrn Georg Giesele (Leipzig), das von der Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands ausgearbeitete Regulatorium mit dem Wunsch, eine zentrale Regelung herbeiführen zu wollen. Nach vier Wochen kam endlich ein absehbarer Bescheid, der darauf hinwies, daß es Reichslands wäre, derartiges für die Arbeiterchaft zu regeln, da man das kleine Schriftgießergewerbe nicht noch weiter belasten könne. Auf erneute Anfrage der Zentralkommission wurde ihr der Bescheid, daß am 6. Juni d. J. eine Prinzipalsitzung in Leipzig stattfinden und die Zentralkommission zu Anfang der darauffolgenden Woche Antwort erhalte. Auf Ansuchen der Zentralkommission trat dieselbe auch am 9. dieses Monats in Frankfurt a. M. ein. In diesem Schreiben wurde der Standpunkt der Leipziger Prinzipale vertreten und die zentrale Regelung der Ferienfrage abgelehnt. Unterschriften war das Schreiben von Herrn Fritz Giesele in Vertretung. Dieses Schreiben löste allgemein Verwunderung und Erregung aus. Denn man hatte erwartet, daß, wenn der erste Vorsitzende des Vereins der Schriftgießereibeitler Deutschlands zur Zeit nicht anwesend war, die Gehilfen von dem zweiten Vorsitzenden, Herrn Silingspor, erledigt würden. Oder sollte hier eine Verwechslung zwischen Leipziger Kreisverein und der Zentralorganisation der Schriftgießereibeitler Deutschlands vorliegen? Die Meinung, daß hier eine wohlberechnete Verwicklungsaktion vorliege, war fast allgemein, und die richtungstündige Faltung der Herren Prinzipale wurde sofort gerügt, was durch folgende Resolution zum Ausdruck kam: „Die Konferenz der deutschen Schriftgießer spricht einmütig ihr Bedauern darüber aus, daß die Zentralleitung der deutschen Schriftgießereibeitler in bezug auf Ferienbewilligung auf zentraler Basis so wenig soziales Verständnis zeigt. Der

Hinweis auf eine reichsgesetzliche Regelung steht sie als einen Hohn an auf die bisher von den Gehilfen eingehaltene, im Interesse des Gewerbes liegende Gepflogenheit, alle Neuerleistungen im wirtschaftlichen Leben von Organisation zu Organisation zu regeln. Sie erklärt den Hinweis auf eine reichsgesetzliche Regelung als Verleumdung einer sozialen Einrichtung, die die erdrückende Mehrheit der Arbeitgeber aller Gewerbe ihren Arbeitern teils freiwillig, teils nach Erschütterung der betreffenden Gewerbe gewährt haben. Die Konferenz brüht nochmals ihr Bedauern über die Rückständigkeit der Prinzipalvertretung in dieser Frage aus und schiebt die Verantwortung für eine Erschütterung im Gewerbe diesem Verhalten zu. Die Zentralkommission wird beauftragt, anzufragen, ob mit dem Schreiben vom 6. Juni eine zentrale Regelung abgelehnt ist oder eine Modifikation vorliegt, da eine Ausherrschung des Kreisvereins Leipzig vorliegt und seitens der Zentralorganisationsfrage keine Antwort erfolgt ist. Sollte nach Ablehnung einer zentralen Regelung auch eine örtliche Einigung auf Grund des eingereichten Regulativs nicht möglich sein, so wird die Zentralkommission beauftragt, den Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsamts anzurufen.

Bei dem Punkte „Organisationsfragen“ erörterte Kollege Schneider die Stellung der Gewerkschaften vor und nach der Revolution. Er wies darauf hin, daß vor der Revolution den Gewerkschaften mehr eine agitatoren- und aufbauende Rolle zufiel, während ihre Tätigkeit nach der Revolution mehr erhaltende Wirkung bedingte. Durch das Räteystem würde mehr die Eigenart der einzelnen Betriebe berücksichtigt werden und müßten die Gewerkschaften ihre Tätigkeit danach einrichten. Der Verband der Deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer käme als Zentralorganisation für uns in Betracht, jedoch sollte die Zentralkommission der Schriftsetzer die Abmachungen bei der Prinzipalität vertreten. Die Zentralkommission der Stempelsteiner dürfte nach Aufhebung der Beschränkung treten, da dies nicht für den Gedanken sprechen würde, alle Schriftsetzerarbeiten unter einen Hut zu bringen. Er wünschte den Zusammenschluß aller im graphischen Gewerbe Beschäftigten zu einer Gruppe. Dazu sei es allerdings notwendig, daß der Geist der Kollegen ein anderer werde und die Kollegen mehr Willen zur Mitarbeit bekundeten. Die Hilfsarbeiter müßten sich zentral organisieren; entweder müßten sie Mitglieder des Buch- und Stenodruckerei-Hilfsarbeiterverbandes oder des Metallarbeiterverbandes werden. Nach der Zentralisierung der Lohnordnung sei es nicht mehr denkbar, daß die Arbeiter im Nebenamt erledigt werden könnten, und schlage er vor, zu beantragen, einen Kollegen beim Hauptvorstandes des Verbandes zu beschäftigen, wo er bei Tarifbewegungen der Schriftsetzerarbeiten die nötigen schriftlichen Arbeiten erledigen könnte, dagegen in ruhigen Zeiten bei den sonstigen Geschäften des Hauptvorstandes Verwendung finden könnte. Nach kurzer Diskussion wurde dem Vorschlage des Redners zugestimmt.

Bei dem letzten Punkte der Tagesordnung: „Verschiedenes“, wurde ein Schreiben des bisherigen Vorsitzenden der Technischen Kommission verlesen, worin mitgeteilt wird, daß der Vorsitzende aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr weiter amtiert könne und der Konferenz vorgeschlagen wird, den Vorsitz nach einer größeren Weisheit zu verlegen. Nach eingehender Ausprache wurde beschlossen, vorläufig die Geschäfte dieser Kommission der Zentralkommission zu überweisen. Die Geschäfte werden jedoch aufgefordert, alle Neuerleistungen im Auge zu behalten und nach Einführung solcher der Zentralkommission Mitteilung zu machen.

Der Zentralkommission wurden für ihre sechsjährige Tätigkeit 500 Mk. und für den leider schwer erkrankten langjährigen Schriftführer Reinke 300 Mk. bewilligt.

Zur Überstundenfrage stellte sich die Konferenz auf den Standpunkt, daß Überstunden zur Zeit nicht aus prinzipiellen, sondern aus physischen Gründen abgelehnt werden. Sollte eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln Platz greifen, würde den einzelnen Vereinen zur Pflicht gemacht, die Notwendigkeit zu prüfen.

Es wurde ferner in längerer Ausprache darauf hingewiesen, daß sehr prinzipialseitig mehrfach verurteilt werde, Berufsunkundige mit Schriftsetzearbeit zu beschäftigen. Die Konferenzteilnehmer wandten sich mit allem Nachdruck gegen derartige Verurteilungen und stellten sich auf den Standpunkt, daß, so lange noch Verlehrung ausgebildet werden, ein solches Ansehen nicht abgelehnt werden muß.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen schloß der Vorsitzende Schneider die Konferenz mit einem dreifachen Hohn auf die moderne Arbeiterbewegung und den Verband der Deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer.

F. F.

□ □ □ □ **Korrespondenzen** □ □ □ □

Bremerhaven. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung, zu der fast sämtliche Kollegen unseres etwa 95 Mitglieder zählenden Ortsvereins erschienen waren, beschloß sich am 1. Juni mit der augenblicklichen Lage und den Verhandlungen über die Tarifausgleichung. Von fast sämtlichen Rednern wurde das geringe Verständnis der Prinzipale für die Forderung der Gehilfen scharf kritisiert. Ein Ausgleich zwischen Lohn und in der Unterwelt herrschender Teuerung sei durch die Annahme des Schlichtungsausschusses nicht im entferntesten erreichbar. In der Verlaufe der Versammlung eingetroffene Gauvorsteher Ditzka (Bremen) gab sodann einen Bericht von der Gauvorsteherkonferenz, die Verhandlungen des Tarifausgleichs dabei streifend. Der Bericht wurde mit Befriedigung zur

Kenntnis genommen; man erkannte an, daß Gauvorsteher und Gehilfenvertreter diesmal schwere Arbeit zu verrichten hatten. Zum Schluß wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung den durch den Schlichtungsausschuss erreichten neuen Bewilligungen unter Protest zugestimmt, weil die bewilligte Teuerungszulage nicht im entferntesten der Teuerung am hiesigen Ort entspricht und trotz der Zulage noch bei weitem nicht die für die Befestigung der hiesigen Preise maßgebenden Löhne erreicht.

Dresden. In der Versammlung am 10. Mai begrüßte der stellvertretende Gauvorsteher Freitag die neuangewählten Mitglieder. Seine kurzen, eindrucksvollen Worte klangen aus in die Mahnung, sich nicht nur der Rechte, sondern auch der Pflichten als Verbandsmitglieder bewußt zu sein und in den beruflichen Fortbildungskursen das nachzuholen, was die Kriegsleertzeit etwa verfallen habe. Bewegiger Verlauf nahm die Stellungnahme zur Wiedereinführung des Gauzuschusses und Erhöhung des Beitrags um 50 Pf. (insgesamt 3 Mk.). Obwohl in früheren Versammlungen die Wiedereinführung des Zuschusses oft recht stürmisch gefordert wurde, machte sich jetzt lebhafter Widerstand geltend. Schließlich wurde ein Antrag des Gauvorsteher: Auszahlung des Zuschusses am 17. Mai, Beitragserhöhung ab 2. Juni, gegen wenige Stimmen angenommen. — In der Versammlung am 1. Juni berichtete Kollege Vogentz (Weipitz) über die Verhandlungen des Tarifausgleichs. Besonders hervorzuheben wurden die Gründe, die auch diesmal die Zulagen nur auf Zeit festsetzen ließen, und die Widerstände, die sich diesmal auf Prinzipalseite geltend machten. Von Erregungen mühte die Ferienbewilligung an die Spitze gestellt werden, da sich davon nichts „abbauen“ lasse. Aber die Aufnahme des Schlichtungsausschusses bei den Dresdener Prinzipalen berichtete Kollege Wendisch. Anlässlich des Widerstehens in den Tarifkreisen VI und VII lie in letzter Stunde bessere Einsicht gelangt, so daß — wie in einer vor der Versammlung abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung festgestellt wurde — sich in Dresden nur zwei, drei Druckereiwegern, das neue tarifliche Recht anzuerkennen. Das gleiche Ergebnis lie auch im Gau zu erwarten. Wegen Tarifverächter müsse sofort Klage beim Tarifschiedsgericht eingereicht werden. Die Ausprache war kurz; eine angenommene Entschließung erklärte sich mit der Stellungnahme des Verbandsvorstandes zum Schlichtungsausschuss einverstanden und forderte seine unbedingte Durchführung.

Ostsee (Ostpr.). Am 17. Mai konnte der hiesige Ortsverein das Fest seines sechsjährigen Bestehens feiern. Trotz der schwierigen Verhältnisse waren aus Königsberg Gaukassierer Krause und zwei Vereinsgründer, die Kollegen Kraft und Meding, sowie 20 Kollegen vom Ortsverein Allenstein erschienen. Im Kreise von zahlreich erschienenen Gästen verlegte man sich in den Räumen des „Eichenhol“ bei Konjzer, Prolog, Ansprache, Solologefängen, Theater, Vorträgen, Verlosung und Tanz bis in die Morgenstunden des herrlichen Monatsnachts. — Nach einem Morgenausflug kamen die Kollegen zu der für 10 Uhr anberaumten Bezirksversammlung wieder zusammen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Rüdiger wurden die Glückwunschelegramme und Briefe verlesen. Gauvorsteher Reiser (Königsberg) war leider nicht anwesend (er war unterwegs in Allenstein ohne Anschlag sitzen geblieben und mußte unverrichteter Sache heimkehren). Insofgedessen fiel sein Referat aus. Gaukassierer Krause beleuchtete die Geschichte des Ortsvereins und überreichte dem derzeitigen Vorsitzenden für freies Wirken ein wertvolles Geschenk vom Gau. Der Allensteiner Ortsverein ließ durch seinen Vorsitzenden Bronau einen vom Kollegen Galzars gezeichneten Gedenkstein unter Glas und Rahmen überreichen. Nach Dankesworten des Vorsitzenden und einer Bierprobe, die der ostpreussischen Matkühle wegen „mit etwas andern durchscholten“ werden mußte, folgte ein Besuch der Opernmanneke im „Deutschen Theater-Café“, wo der Musikpalastr besichtigt wurde. Nachmittags 2 Uhr schloß für die Auswärtigen die Abendsstunde. Die eingetragenen Kollegen unternahmen mit Angehörigen einen Motorbootausflug nach Neu-Zoppot-Willkauen, was harmonisch verlaufene vielseitige Fest seinen Abschluß fand.

K. Rostock. Eine starkbesetzte außerordentliche Versammlung nahm Stellung zur letzten Tarifausgleichsentscheidung. Vorsitzender E. Förber gab den Bericht und referierte dahin, daß wir zwar nicht völlig mit dem Erreichten zufrieden sein könnten, doch sei das Gebotene nicht von der Hand zu weisen. In der recht regen Debatte wurde bedauert, daß die Lokalzuschlagsfrage nicht endgültig geregelt sei. Dazu hätte es einer Tarifrevision bedurft. (Red.) Rostock, von der mecklenburgischen Regierung als feuertiger Ort bezeichnet, habe immer nur noch 12 1/2 Proz. Lokalzuschlag, hierin müsse unbedingt eine Änderung vorgenommen werden. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck kam, daß, obwohl das Ergebnis nicht voll befriedige, sich die Rostocker Gehilfenchaft doch dem Vereinbaren füge, unter voller Anerkennung der festen und mannhaften Haltung der Gehilfenvertreter. Gleichzeitig wurden die zuständigen Stellen ersucht, an die Regierungen heranzutreten, um ganz energisch einen Abbau der Preise für die notwendigsten Lebensmittel und Wirtschaftsgüter zu verlangen, da trotz aller Teuerungszulagen die Lebensführung der arbeitenden Bevölkerung eine immer trostlosere wird. Beschlossen wurde noch, das Johannistfest und das sechzigjährige Jubiläum des Ortsvereins am 21. Juni im großen Saale der „Vöhlharmonie“ zu begehen.

Stralsund. Im Anschluß an die letzte Monatsversammlung am 30. Mai nahm unser Ortsverein Gelegenheit, drei Jubilare zu ehren. Kollege Willchenstein konnte auf eine 41jährige und die Kollegen Raebß und

Melche auf eine 40jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Aus diesem Anlasse hielt Vorsitzender Selgenhauer eine Ansprache, in der er die Treue, die die Jubilare dem Verbands gehalten haben, feierte und hervorhob, daß die beiden ersten noch im Alter für ihre Organisationsleistungen sind. Der Redner ermahnte die jüngeren Kollegen, sich diese Taten zum Vorbild zu nehmen. Der dritte Jubilar, Kollege Melche, hat sich um die Verbandsfrage besonders verdient gemacht. Aber ein Jahrzehnt hat er die Geschäfte des Orts sowie des Bezirksvorsitzenden geleitet. Als Erinnerung an diese Stunde überreichte der Vorsitzende mit feinen Worten, bezugnehmend auf die sachliche Tätigkeit der Jubilare jedem ein Andenken. Kollege Melche dankte im Namen der Jubilare. Mit dem Vede „Stolt an, Typographia“ fand die feierliche Feier ihren Abschluß.

□ □ □ □ **Rundschau** □ □ □ □

Abänderungen des Deutschen Buchdruckerartf. Einem tiefgefühlten Bedürfnisse hat das Kartell der Deutschen Buchdrucker entsprochen, indem es die durch den Krieg, durch die politischen Umwälzungen sowie durch Übergangsbestimmungen notwendig gewordenen und von den dafür eingeleiteten Tariforganen beschlossenen „Abänderungen des Deutschen Buchdruckerartf. von 1912“ herausgibt. Das sechsen erdichtene Heftchen, 28 Seiten stark, im Format unres Tarifs, ist als Anhang des letzteren gedacht und vorzüglich geeignet, über alle seit Kriegsausbruch geänderten Bestimmungen unres tariflichen Gesetzes schnell und ausreichend Auskunft zu erteilen. Auch die neu geschaffenen Ferienbestimmungen nebst ihrer Kommentierung haben Aufnahme gefunden. Da die Frage der Urlaubsgewährung gegenwärtig im Vordergrund des Interesses fast aller Kollegen steht, wollen wir nicht unterlassen, hierauf besonders hinzuweisen. Die für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft verbindlichen Übergangsbestimmungen, z. B. das Recht auf Wiederinstellung, das Verhältnis der vor Beendigung der Beurlaubung eingezogenen, das Problem der Arbeitslosigkeit sowie die Vermittlung von Kriegsbeschädigten, bilden den Schluß des außerordentlich wertvollen Heftchens, das zum Preise von 40 Pf. pro Exemplar sofort durch das Kartell der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu beziehen ist. Die Anschaffung der „Abänderungen“ ist für jeden Kollegen unerlässlich; er erspart sich dadurch so manche Anfrage, so manchen Weg; auch die Verbandsfunktionäre sowie die Tarifinstanzen werden Entlastung erfahren, wenn die „Abänderungen“ Gemeingut aller Kollegen werden.

Nachahmenswertes Beispiel. In der „Freien Presse“ in Leipzig wurde die Ferienfrage wie folgt geregelt: Bei einjähriger Geschäftstätigkeit eine Woche, im zweiten und dritten Jahre zwei Wochen, im vierten und fünften Jahre 15 Tage, nach fünfjähriger Geschäftsausübung drei Wochen. Diejenigen Kollegen, die noch keinen Anspruch auf Ferien haben, erhielten drei Tage zugebilligt. Außerdem wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 45 Stunden festgelegt.

Amiliches Nachrichtenblatt in Harburg. Die Leistungen des Landkreises Harburg forderten vom Kreisrat die zeitweise Vergütung der amtlichen Bekanntmachungen, und zwar mit 20 Pf. pro Zeile. Der Kreisrat lehnte die Forderung, da die Erfüllung derselben eine Belastung des Kreises mit 24000 Mk. bedeuten würde, ab und beschloß die Herausgabe eines eigenen amilichen Nachrichtenblattes.

Papierdickstoff. In der Zeit vom November 1918 bis Ende April 1919 sind aus einem Lager in Leipzig gestohlen worden: etwa 3500 Rohdruckbogen zu dem Werke „Handelsache des Erdballs“, Ausgabe „D“ in deutscher Sprache, Sign. 1—15; etwa 400 Bogen desselben Werkes, Ausgabe „A“, Sign. 1—4; sowie 20 komplette gebundene Bände des Werkes mit Verordnungen und Bekehrten, Ausgabe „D“. Der Gesamtwert beträgt 22000—25000 Mark. Man vermutet, daß das Papier als Makulatur weiterverkauft worden ist. Es ist wirklich weß gekommen!

Zeitungsammlungen. Für die Geschäfte des Weltkriegs haben die Berichte der einzelnen Zeitungen, insbesondere aber die Feld- und Armeezeitungen, zweifellos wertvolle Dienste geleistet, wenn auch durch die Einschränkungen der Zensur vieles nicht an den Tag gekommen ist. Man kann es daher verstehen, wenn sich der Sammelstift auf die verbleibenden Zeitungen erstreckte. Ein Auszug aus einem Sammelheftchen, den die „B. Z. am Mittag“ veröffentlicht, läßt erkennen, was für enorme Preise für Kriegszeitungen bezahlt wurden, nämlich für die „Offiziellen Feldzeitung“ 225 Mk., für die „Zeitung der 16. Armee“ (Wilna) 320 Mk., für die „Kriegszeitung der 4. Armee“ ebenfalls 320 Mk., „Ill. London News“ 1914 17 sowie „L. Illustration“ 1914 17 pro Band 360 Mk., „Kriegszeitung der 8. Armee“ 400 Mk., „Jugend“ 1898/1917 500 Mk., „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ 1914 18 750 Mk., „Gazette des Ardennes“ 800 Mk., „Simplifilmus“ 1000 Mk. für die Luxusausgabe sogar 5000 Mk., für die „Killer Kriegszeitung“ 1460 Mk.

Sozialdemokratische Parteizetlungen. Durch die politischen Umwälzungen der letzten Zeit ist der Einfluß der Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde nicht unwesentlich gestiegen, und damit hat sich das Bedürfnis nach einer weiteren Verbreitung dieser Parteipresse gezeigt. Nach dem Berichte des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (Mehrheitspartei) an den Parteitag sind seit der Revolu-

von 24 neue Parteiblätter ins Leben gerufen worden, die teilweise in eigenen Druckereien, zum Teil in andern Druckereien hergestellt werden. Die Zahl der sozialdemokratischen Organe beträgt zur Zeit 95; sie dürften sich jedoch bereits in einigen Wochen weiter erhöhen, da diesbezügliche Anträge dem Parteivorstand vorgelegt wurden.

Schulbüchermonopol. Herprogrulen durch eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Boellb von der Deutschen Volkspartei, fand vor einigen Tagen in der Sitzung der Preussischen Landesversammlung eine Aussprache über die von der Regierung beabsichtigte Monopolisierung der Schulbücher statt. Der Antragende vertrat den Standpunkt, daß dem Wunsch nach einer Vereinheitlichung und Vereinfachung der Lehrbücher, von dem sich die Regierung bei ihrer Absicht habe lassen sollen, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch Bedenken der Pädagogen entgegenstünden. Die Erfahrungen in andern Ländern würden eine Nachahmung der Monopolisierung in Deutschland verbieten. In den Lehrbüchern der neuen Regierung vermittle er „schwächliche pädagogische Tendenzen“ auf Kosten des Schönes der preussischen und der deutschen Geschichte, worin zahlreiche Fehler eine besonders Gefahr erblicken würden. Vom Kultusminister haenlich wurde erwidert, daß angesichts der gegenwärtigen Lage des Buchermarktes und in Anbetracht der Schwierigkeit, den Plan mit dem gegenwärtigen Behördenapparat durchzuführen, allerdings zur Zeit noch ernste Bedenken bestehen. Ein freier Austausch der Pädagogen aller Richtungen werde aber vermuthlich noch im Laufe des Sommers eine Durchprüfung der Lehrbücher vornehmen. Jetzt schon würden Grundzüge für die Fortentwicklung dieses Planes aufgestellt, und die „Reinigungsarbeit“ solle mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Die Aussprache, an der sich Vertreter aller größeren Parteien beteiligten, gestaltete sich äußerst interessant. Während die Vertreter der Linken sich mehr oder weniger auf den Standpunkt des Kultusministers stellten, verwarnten die Abgeordneten der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei die geplante Monopolisierung der Schulbücher vollständig. Sie sehen in dem Buchermonopol eine Annebelung und Bürokratisierung des Geistes, eine Zersplitterung des Schulbüchereiwesens sowie die starke Bevorzugung einzelner großer Firmen usw. Eine Vertreterin der Deutschen Volkspartei verwies auf die Möglichkeit eines Regierungswechsels und fragte, was dann mit den monopolisierten Schulbüchern werden sollte. Nach ihrer Ansicht mühte das deutsche Schulbuch das Beste der Welt sein in bezug auf die Ehrlichkeit der Überzeugung, in der Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis und in der Muffergültigkeit seiner Ausstattung. Auch das Zentrum wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen das Monopol. Von den rechtslebenden Parteien konnte man eine andre Stellungnahme kaum erwarten, da durch jede Handlung der jetzigen Regierung die Reaktion um einen weiteren Schritt zurückdrängt und die Verwirklichung ihrer gegenrevolutionären Pläne verbindlich wird. Da sich aber auch das Zentrum in der Opposition

befindet, dürften der Durchföhrung des an sich begrüßenswerten Planes des Kultusministers immerhin noch Schwierigkeiten entgegenstehen.

Eine Tagung der Invaliden. In Frankfurt a. M. fand an den beiden Pfingsttagen eine aus den verschiedensten Teilen Deutschlands bestående Delegiertenkonferenz der Geburts-, Arbeits- und Altersinvaliden, Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeschränkten statt. Eingehend wurde über die Lage dieser Invaliden, deren Vorkommen, Ziele und Forderungen beraten und an den Saal und die Gemeinden der Appell gerichtet, endlich der trostlosen Lage der Invaliden, Schwachen und Allen ein soziales Verständnis entgegenzubringen und allen körperlich dauernd Leidenden, Steten, Allen und unversorgten Müttern zahlreicher Kinder ein menschenwürdiges Dasein, die wirtschaftliche Existenz zu sichern. Im Verfolge dieser Forderungen soll eine Eingabe an die Regierung und Volksvertretung gerichtet werden, eine reichsgesetzliche Regelung der Erwerbsbeschränkten- und Erwerbsunfähigenfürsorge zu treffen. Einklimmig wurde zur Vertretung aller Interessen die Gründung des „Reichsbundes der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen, Sib Frankfurt a. M.“, dem jetzt schon zahlreiche Ortsgruppen angehören, beschlossen.

Genossenschaftliche Tagungen. Am 23. und 24. Juni findet der sechzehnte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, am 25. Juni die fünfundzwanzigste ordentliche Generalversammlung der Großhandlungsgenossenschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung und anschließend hieran die siebente ordentliche Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg statt. Aus der Tagesordnung der zuerst genannten Konferenz verdienen zwei wichtige Vorträge hervorgehoben zu werden: „Die parlamentarische Vertretung der Konsumgenossenschaften“ sowie die „Konsumgenossenschaftsbewegung und die Neuordnung in Deutschland“. Die gewerkschaftlichen genossenschaftlichen Verlicherungslehrgangsgenossenschaft „Volksfürsorge“ hält ihre Generalversammlung bereits am 19. Juni in Hamburg ab.

Einigungsbestrebungen in der sozialistischen Arbeiterkassell. Für den deutschen Sozialistenlag, der in den Tagen vom 21. bis 23. Juni in Berlin stattfinden und auf welchen wir in Nr. 59 des „Korr.“ ausserkräftig machen, sind als Referenten in Aussicht genommen worden: Cohen und Ströbel über die politische Notwendigkeit der Einigung, Eduard Bernstein über Auslandspolitik, Kalkst und Baumig über Räteinstem und Dr. Soelohn und Wegmann über den Einheitsweg.

Briefkasten

Zeig 38: 1. Die Reihenfolge für den Urlaubsantritt hat nach dem Schiedsgerichte die Geschäftsleitung zu bestimmen; doch soll den Wünschen der einzelnen Beschäftigten nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. 2. Bei Meinungsverschiedenheiten sind die Betriebsleiter zu hören. 2. Darin, daß die Firma die Ferien aller Beschäftigten

zusammenlegt und den Betrieb für diese Zeit schließt, kann unter Umständen kein Verstoß gegen die im Betreff kommenden Bestimmungen erldikt werden; auch die Beschäftigten haben vorausgesetzt, daß die Laubbäume ihren Blüthen entsprechend, keinen Schaden; im Gegenteil, sie werden durch diese Zusammenlegung in die Lage versetzt, gemeinsame Ausflüge usw. unternehmen zu können. 3. Verordnungen kann man auf alle Ertragsleistungen; wir halten es jedoch für ausgeschlossen, daß es Abwegen gibt, die um des lieben Mannens willen in solch gräßlicher Weise Raubbau an ihrer Gesundheit treiben und sich gegen ihre Familie verhalten. Von letzter unter Organisation würde natürlich gegen denartige Leute schon im Jünger dieser unserer ersten entscheidenden Stellung genommen werden müssen. — G. A. in G.: Aus Raumgründen sind wir gezwungen, derartigen Anfragen die Aufnahme zu verweigern. — P. A. in B.: Danken für Information. — 21. Bl. in M.: 2,85 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsiaplatz 511. Fernsprecher: Alst. Aurfürst, Nr. 1191.

Sau Hannover. Der nächste ordentliche Gau-tag findet am 3. und 4. August d. J. in Hannover statt. Anträge sind spätestens bis 9. Juli beim Gauvorsitzer einzureichen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse): Im Gau Schleswig-Holstein der Geher Heinrich Neve, geb. in Kiel 1896, ausgebl. dal. 1915; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schaumburgstrasse 84 p.

Veranstaltungskalender

Mit. 22. Juni. Bezirksversammlung Sonntag, den 22. Juni (nicht 19.), wie in Nr. 65 bekanntgegeben, mittags 1 Uhr, im „Freilassinger Hof“ in Mühlbühl a. Inn.
Niederrhein. Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.
Brandenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 22. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in „Bahorns Bierauschank“, Waldenstraße.
Mittelrhein. Malchenmeltherversammlung Sonntag, den 22. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshöfer Hof“.
Ostpr. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, in der „Hilfswirtschaftlichen Turnhalle“.
Südwest. Öffentliche Buchdruckerverammlung und anschließende Tagung der in der Provinz am Sonntag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“, Sonnenstraße 5.
Südwest. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Eberhardschen Lokal, Bühlstraße 11.
Potsdam. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im „Königsbad“, Alte Königsstraße 18.
Straßburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. Juli, in Anklam. Anträge bis 25. Juni an den Vorsitzenden.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: „Gewerkschafts-Hochparade“ — „Kasseler Arbeiterkreis“ — Buchdruckerausstellungen. — Die Fackelzug — Schriftliche Konferenz. — Korrespondenzen: Bremerhaven. — Dresden. — Osnabrück. — Rostock. — Straßburg.
Kasseler: Bildnerisches des Deutschen Buchdruckerwerks. — Nachahmungen des Bsp. — Ähnliches Nachrichtenblatt in der Provinz. — Papiererwerb. — Zeitungsausstellungen. — Sozialdemokratische Parteiverordnungen. — Schulbüchermonopol. — Eine Tagung der Invaliden. — Genossenschaftliche Tagungen. — Einigungsbestrebungen in der sozialistischen Arbeiterkassell.

Die Verbandsgeschichte

muß ein jeder Kollege so in Besitz haben, um sie geistig jederzeit für die Organisationsarbeit der Gegenwart verwenden zu können. Alt und jung hole Versäumtes nach! Bestellungen bei den Verständen.



Sieben erschienen!

Das Ausziehen

Werte, wesentlich erweiterte Auflage, bearbeitet von H. Meißhammer, Stuttgart. 7 Bogen. Preis portofrei 2,50 Mk.
Aus dem Inhalte: Gehilfen, Einleitung, Allgemeines: Bezeichnung für die verschiedene Anzahl der Kolonnen, Benennung der Formalfolge, Mehr- und Gelfzeichen für den Buchstaben. Die Satzmaschine. Das Ausziehen der Formen: Hochsetzende Formale (113 Beispiele), Quersformale (87 Beispiele). Zubehör: Alendertformen. Bestimmung der Formalfolge.

Alphabethefte für Schizierzwecke

Hest Glindt-Bauer . . . 3,50 Mk. Hest Scheller & Giesche . . . 1,00 Mk.
Hest Stempel . . . 2,50 Mk. Hest Miere Hesse . . .
Hest Ludwig . . . 1,50 Mk. Hest Stempel (Nachtrag) . . . 50 Mk.
Hest Ludwig & Maner . . . 1,25 Mk. Hest Ludwig & Maner . . . 50 Mk.
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften, Abteilung Verlag, Leipzig, Salomonstraße 8. Postfachkonto 53 430. Preisliste Nr. 5 (III.) kostenlos.

Hannover-Bremen — Redakteur-Faktor

Für eine neu zu gründende, täglich (vierteljährlich) erscheinende Provinzialzeitung (mehrheitssozialistischer Richtung) wird ein Buchdruckmachmann als verantwortlicher

Redakteur

gesucht. Selbiger muß überzeugter Mehrheitssozialist und befähigt sein, die Zeitung durch sorgfältige, der Eigenart der ländlichen Bevölkerung angepasse e Schriftleitung und Inhalt einzufließen und sich den konkurrierenden bürgerlichen Zeitungen gegenüber auf der Höhe zu halten und durchzuführen. Arbeitszeitunge, zielbewusste Bereten, die über größtenteils Organisations- und Propagandakomitee verfügen und mit dem gesamten Zeitungs- und Druckereibetriebe vertraut sind, wollen Eingebote mit Empfehlungen und Gehaltsansprüchen sofort unter Nr. 955 an die Geschäftsstelle d. Bl. rufen. Antritt baldigst, spätestens Mitte bis Ende Juli d. J. Bereten aus der Provinz Hannover oder Umgegend Bremens oder deren weiteren Umgebung bevorzugt.

Ein erfahrener 1949

Typographiemaschinenfabrik
für sofort gesucht.
„Volksrecht“
Verlag Karl Werschold & So.,
Hannover, Roherstraße 6.

Typographiefabrik
für A- und B-Maschine sofort gesucht.
Offerten an:
Mannheimer Verlagsdruckerei, 1950
Wannheim.

Zwei Typographiefabrik
für Aussicht ins Berechnen.

Zwei Handfeger
für Redaktions- u. sofortigen Eintritt
ge sucht.
Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Altkidzenzfabrik

in allen Sorten besonders. (Sucht sofortige Stellung, Ost. Angebote an 1954
H. Ruch, Wallm. L. P., Fiehlstraße 3.)

Seherstereotypen

33 Jahre alt, firm in allen Sorten sowie Rund- und Flachstereotypen, sucht sofort in Hannover oder deren Nähe dauernde Stellung. West. Offerten mit Lohnangabe erbeten an 1953
August Wapert, Berlin-Wilmersdorf, Ullandsstraße 134.

In vielen Betrieben eingeföhrt

Schwierige Silbentrennung beim täglichen Schreibwerk

Für Buchdrucker, Maschinenführer und Handsetzler bearbeitet von D. Moltschke. Das Buch ist das erste wirklich lehrreiche, unerreicht praktische und darum allein brauchbare Werk in der Silbentrennung. Der Oberkorrektur der Reichsdruckerei, Herr Otto Reinecke, dem das Buch gewidmet ist, hat es vor der Druckereiüberprüfung und es als für die Druckereibetriebe wertvoll bezeichnet. Preis broschiert 2,50 Mk. gegen Vereinfachung oder Nachnahme vom Verlag
Sam eraschall, Berlin W35.

Alle in Ihrer Druckerei

unbrauchbar gewordenen Gewinnkassens repariert hochgenau 197
Elektronisch. D. Müller, G. m. b. H., München, Braunbergstraße 3.

Englisch

Espanisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Russisch, Rumänisch, Schwedisch, Ungarisch, Deutsch, Altgriechisch, Lateinisch erlernen Sie am leichtesten, billigsten und bequemsten auf Grund der weltberühmten Unterrichtsbriefe nach der Methode Souffiant-Vannenscheidt für den Selbstunterricht. Von Autoritäten auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft bearbeitet, keine Borkennnisse erforderlich, Muffergültige Ausprobierbezeichnung. Verlangen Sie kostenlos und unverbindliche Anleitung unserer reichillustriert, Prosa, Fremde Sprachen und ihre Erlernung sowie die Einführung Nr. 123 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache. 1945

Vangenscheidt

iche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Vangenscheidt), Berlin-Charlottenburg, Bahnstr. 29/30. (Erg. 1856.)

Zurichtemesser und Scheren

Ähnen und Pinzetten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt H. Glegl, München 9, Kolumbusstraße 1. Katalog 25 Pf.

Verlangen Sie sofort

Prospekt über unsern Brief, Unterricht in Kalkulation und Papierkunde. Jede Berechnung u. durch uns kontrolliert. Schriftlichkeitsbureau, 610
Berlin SW 61, Teltower Straße 17.

Welcher Berliner Kollege könnte

irgendeinbedürftigen Kollegen eine Zwei- bis Dreimonatswohnung in Berlin oder Dorort vermitteln? Alle Zusagen werden vergütet. Angebote erst an Frau Wealrich, Berlin W, Demewitzstraße 36 I.

Am 9. Juni verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Drucker

Hadam Marquardt
aus Frankfurt a. M., im Alter von 57 Jahren. Ein lebendes Andenken bewahrt ihm
Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am 12. Juni vormittags verstarb im Krankenhaus St. Jacob nach längerem Leiden, das er sich im Felde zugezogen, unser lieber Kollege, der Maschinenfabrik

Otto Ludwig
im Alter von 41 Jahren. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Leipzig, 13. Juni 1919.
Die Kollegen der Firma
Fischer & Kuffner.

Am 15. Juni verschied nach 22wöchigem Krankenlager unser lieber Kollege, der Seher

Eduard Wunderlich
im 31. Lebensjahre. Sein Andenken soll bei uns stets in Ehren bleiben.
Mitgliedschaff Meccrene.

Am 7. Juni verstarb in Prenzlau (Pm.) im Alter von 35 Jahren unser lieber Kollege, der Maschinenfabrik

Max Pannack
Als Funktionär war er mehrere Jahre tätig und jederzeit befreit, die Interessen des Verbandes wahrzunehmen. Ehren werden wir seiner stets gedenken.
Bezirksverein Oberwalde.